

**Vollversammlung des Diözesanrates der Katholiken
der Erzdiözese München und Freising
am 1. März 2008 in Kirchseeon**

Bericht des Vorsitzenden

[Es gilt das gesprochene Wort]

Einleitende Sätze an die Adresse von Herrn Erzbischof Marx, der zum ersten Mal an einer Vollversammlung des Diözesanrates der Katholiken der Erzdiözese München und Freising teilnimmt.

Die solidarische Verpflichtung der Reichen und Eliten

Der Vorstand hat für diese Vollversammlung das Thema Kinderarmut gewählt. Der Hintergrund: Eine wachsende Anzahl von Kindern hat von Geburt an geringe Chancen in dieser Gesellschaft. Die Folge ist: Wer mal unten ist, bleibt unten. Die Hoffnung vieler Eltern, dass „es die Kinder einmal besser haben sollen“, ist weithin zu einer sozialen Illusion geworden. Wir müssen eine Tendenz wahrnehmen, dass sich die Spaltungen in unserer Gesellschaft verfestigen. Die sozialen Milieus grenzen sich voneinander ab. Die Welt, in der die Kinder einer Kassiererin oder eines Lagerarbeiters leben, hat nur noch wenig gemeinsam mit der Welt, in der die Kinder eines Managers und eines Ingenieurs leben. Die einen haben schon in der Wiege bessere Karten, als die anderen. Was nach dem Krieg über vier Jahrzehnte hinweg erfolgreich angestrebt wurde, nämlich der soziale Ausgleich, will uns nicht mehr gelingen. Manchmal hat es den Anschein, als hätten wir den sozialen Ausgleich auch als gesellschaftliches Ziel aus dem Auge verloren. Die Spaltung in unserer Gesellschaft verschärft sich auch in einer anderen Hinsicht.

Manche Leistungsträger haben sich von der Verantwortung für die Gesellschaft verabschiedet und ihr den Rücken zugekehrt. Die Ermittlungsverfahren gegen wohlhabende steuerflüchtige Bürger haben uns dies in den letzten Tagen exemplarisch vor Augen geführt.

Es geht dabei nicht nur um Gesetzesbruch, der von manchen Zeitgenossen moralisch noch bemäntelt wird als Notwehr gegenüber einem willkürlichen Steuerstaat. Das Erschreckende daran ist die darin zutage tretende Entsolidarisierung. Unsere Gesellschaft braucht, um eine solidarische Gesellschaft zu sein, die Bereitschaft und die Fähigkeit, den Schwachen unter die Arme zu greifen. Sie braucht aber zugleich die Bereitschaft aller, nicht zuletzt aber der Leistungsträger, der Wohlhabenden und der Eliten, den je eigenen Beitrag für die Gemeinschaft zu leisten.

Bildung – eine Frage der Gerechtigkeit

Was ich eben als Spaltung der Gesellschaft angedeutet habe, spiegelt sich in den Bildungschancen wieder. Über das Bildungssystem wird die soziale Ungleichheit entweder zementiert oder überwunden. Man muss nicht jeden Punkt internationaler Vergleiche, was das Bildungssystem angeht, auf die Goldwaage legen. Was uns aber innerlich wirklich anstacheln muss, sind Hinweise darauf, dass die Zugehörigkeit zu einer gesellschaftlichen Schicht die Bildungschancen und den Bildungserfolg gleichsam vorprogrammiert.

Wir haben darüber in unserer letzten Vollversammlung in Freising ausführlich diskutiert. Im Herbst hat der Vorstand die Ergebnisse der Vollversammlung zusammengefasst und eine Stellungnahme verabschiedet. Diese ist gegliedert in zwei Teile: In einem allgemeinen Teil wird begründet, warum der Kreislauf von sozialer Herkunft und mangelnden Bildungschancen durchbrochen werden muss. Der zweite Teil widmet sich der Zukunft der Hauptschule. In ihren Rückmeldungen beteuern Politiker aller Parteien, dass sie sich mit der Ungleichheit der Bildungschancen nicht abfinden wollen. Soziale Herkunft dürfe den Bildungsweg nicht wie ein Schicksal bestimmen. Dieser normative Grundkonsens ist wichtig und wertvoll. Man muss ihn betonen, weil der Streit über die Wege die Einigkeit in den Zielen oft überlagert. Beim Thema Hauptschule scheiden sich dann aber die Geister: Während die einen – wie der Vorstand des Diözesanrats in seiner Stellungnahme – am drei-

gliedrigen Schulsystem festhalten wollen, aber für eine bessere Durchlässigkeit des Bildungssystems und eine entschiedene Stärkung der Hauptschule eintreten, zweifeln andere daran, innerhalb des jetzigen Systems eine Trendwende zu schaffen.

In einem ausführlichen Gespräch, zu dem der Präsident des Bayerischen Lehrer- und Lehrerinnenverbandes, Klaus Wenzel, eingeladen hatte, kam diese Skepsis deutlich zum Vorschein. Der Präsident wollte unsere Stellungnahme würdigen. Er hat uns für die Zukunft eine enge Kooperation angeboten. Der Kernsatz unserer Erklärung, dass sich das Schulsystem, und zwar jedes Schulsystem, ethisch dadurch rechtfertigen müsse, dass es ein Instrument der Förderung und nicht der Auslese sei, ist beim BLLV auf volle Zustimmung gestoßen. Es muss auch der Ausgangspunkt all unserer weiteren Bemühungen sein. Wir werden die Entwicklungen insbesondere auf dem flachen Land aufgrund des Rückgangs der Hauptschülerzahlen genau beobachten müssen. Wir werden alle Bemühungen, die in Richtung regionaler Lösungen gehen, mit Kommunalpolitikern besprechen müssen. Von einem aber können wir nicht abgehen. Wie immer das Schulsystem geordnet sein wird: es muss sich am Grundsatz „Fördern statt Auslese“ orientieren.

Unterstützung des ecuadorianischen Laienrates

Wir haben bereits auf der Vollversammlung in Freising über die Reise einer Delegation des Diözesanrates in unser Partnerland Ecuador informiert. Wir haben Sie unterrichtet über die Freundschaftsvereinbarung zwischen dem nationalen Laienrat Ecuadors und dem Diözesanrat München und Freising, die ich im August 2007 unterzeichnet habe. Die seit 1994 gewachsenen Beziehungen zwischen den beiden Laienräten sollen vertieft werden. Diese Vertiefung der Solidarität sieht auch eine „finanzielle Unterstützung nach den jeweils gegebenen Möglichkeiten“ vor. Der Hintergrund ist folgender: Der Ecuadorianische Laienrat bekommt von den ecuadorianischen Bischöfen nur punktuell Geld für bestimmte Projekte, nicht aber für die kontinuierliche Arbeit. Der Laienrat Ecuadors hat daher Schwierigkeiten, die bescheidene Besoldung seines Sekretärs von monatlich 300 \$ sicher zu stellen. Von den Kosten des Büros und von Fahrtkostenzuschüssen ganz zu schweigen. Die führenden Mitglieder des Laienrats haben vieles davon privat finanziert, stoßen aber jetzt in den eigenen Familien an die Grenzen. Wir haben daher im Arbeitskreis Ecuador und im Vorstand beraten, wie die Laien der Erzdiözese München und Freising die Laienarbeit in Ecuador unterstützen können. Uns war klar: Eine finanzielle Unterstützung ist nicht möglich aus den uns von der Erzdiözese zur Verfügung gestellten Haushaltsmitteln. Auch eine Förderung aus Mitteln der Bruderhilfe ist nicht sinnvoll. Die Bruderhilfe soll ja den unterschiedlichsten Projekten dienen. Wir haben uns daher entschieden, die Gremien des Diözesanrates und die Räte auf Landkreis-, Dekanats- und Pfarrebene um Unterstützung zu bitten. Unter dem Motto „Laien für Laien“ – sollen bei den Sitzungen der verschiedenen Gremien regelmäßig Spendenbüchsen aufgestellt werden, verbunden mit der Bitte, einen kleinen Beitrag für die Arbeit des Ecuadorianischen Laienrates zu leisten. Wichtig ist uns, dass dies freiwillig geschieht. Wir möchten nicht den geringsten Eindruck eines Zwanges haben. Wenn aber jedes Mitglied in unseren Gremien regelmäßig/unregelmäßig einen Euro einwerfen könnte, wäre dem Laienrat Ecuadors schon sehr geholfen. Wir haben bei der Erzbischöflichen Finanzkammer ein Konto eingerichtet. Geplant ist, dass wir jährlich im Rahmen unserer Vollversammlung über die Spendeneingänge und die Verwendung informieren. Ich hoffe, dass wir die Unterstützung für den ecuadorianischen Laienrat verbinden können mit einer Verlebendigung der im Glauben gründenden Gemeinschaft mit der Kirche in diesem Land. Das Faltblatt, in dem die Aktion „Laien für Laien“ vorgestellt wird, finden Sie in ihren Unterlagen. Auch Spendenbüchsen stehen bereit. Ich bitte die Dekanatsrats-Vorsitzenden, eine Spendenbüchse mitzunehmen.

Aktionen zur Bewahrung der Schöpfung

Sehr geehrte Damen und Herren,

lassen Sie mich zum Schluss noch kurz auf drei Aktionen eingehen, die vom Sachausschuss Ökologie seit der letzten Vollversammlung angestoßen wurden.

Im November letzten Jahres haben wir uns in einer Stellungnahme kritisch mit dem Entwurf der *Gentechnik-Gesetzesnovelle zur Grünen Gentechnik* auseinandergesetzt. Die Regeln für den Einsatz von Gentechnik in der Landwirtschaft waren uns zu lasch. Wenn schon der Gesetzgeber den Einsatz von Gentechnik ermöglicht – so unsere Stellungnahme –, muss er dafür sorgen, dass der gentechnikfreie herkömmliche und ökologische Landbau nicht verdrängt wird.

Im Rahmen des Projektes Ökobilanz wurde ein Faltblatt zum Thema *Bodenschutz und Flächensparen* veröffentlicht. Enthalten sind viele Hinweise und Tipps, in welcher Form Pfarreien hier aktiv werden können.

Für die Fastenzeit haben wir schließlich zu der Aktion „*Fasten ist auch das Klima schützen*“ aufgerufen. Wir wollen damit einen vom christlichen Glauben inspirierten Beitrag zum Klimaschutz leisten. Ziel der Aktion ist es, zu einem dauerhaften Wandel des Lebensstils beizutragen. Angeboten werden unter anderem Informationsblätter mit praktischen Tipps zum Energiesparen beispielsweise bei Heizung, Stromverbrauch, persönlicher Mobilität, sowie beim Einkaufen von Lebensmitteln, Kleidung, Elektrogeräten oder Möbeln. Die Klima-Fastenaktion wurde von den Medien positiv aufgegriffen. So wurde unter anderem im Fernsehsender 3sat darüber berichtet.

Zu den bayerischen Kommunalwahlen

Morgen finden in Bayern die Kommunalwahlen statt. Mit Ausnahme weniger Gemeinden, in denen es offensichtlich schwierig war, Kandidaten zu finden, gibt es überall eine große Bereitschaft, sich ehrenamtlich in der Kommunalpolitik zu engagieren. Dieses tausendfache politische Engagement von Männern und Frauen ist ein deutliches Signal dafür, dass unsere politischen Gemeinschaften lebendig sind. Es ist ein Zeichen dafür, dass die Service-Mentalität in unseren Kommunen noch nicht alles bestimmt. Service-Mentalität zeigt sich in der Einstellung: Was habt ihr, was hat das Rathaus mir zu bieten? Das politische ehrenamtliche Engagement fragt nicht: was habe ich zu beanspruchen. Es ist im Kern ein Anspruch an mich selbst, welchen Beitrag ich für die Gemeinschaft leisten kann und zu leisten habe. Nur aus dieser Einstellung erwachsen solidarische Gemeinschaften.

Wir haben allen Grund, denen zu danken, die sich politisch engagieren. Und wir sollten diesen Männern und Frauen in unseren Gemeinden und Landkreisen zeigen: Ihr seid wichtig für das Zusammenleben vor Ort.

Euer Einsatz kann nicht hoch genug eingeschätzt werden.

Unsere Bemühungen im Bereich der Kommunalpolitik sind vielfältig. Die Bürgermeister- bzw. Kommunalpolitikertagung in der Region Süd hat sich seit vielen Jahren etabliert. Das Haus St. Rupert in Traunstein ist jedes Mal ausgebucht. In der Region Nord hat die Bürgermeistertagung noch nicht richtig Fuß gefasst.

Im vergangenen Frühherbst haben wir die Plakat- und Postkartenaktion gestartet „Kommunalpolitik ohne Christen ist wie ... ein Dorf ohne Kirchturm“. Uns ging es darum, viele katholische Frauen und Männer zu motivieren, sich für die Kommunalwahlen als Kandidaten zur Verfügung zu stellen. Ebenfalls im Herbst haben wir Optionen für die Kommunalpolitik formuliert und veröffentlicht. Darin nehmen wir die Kommunalpolitik auch in die Pflicht. So schlagen wir unter anderem vor, in den Kommunen "Runde Tische für Familien" einzurichten. Wir stehen dabei in enger Zusammenarbeit mit der Erwachsenenbildung der Diözese und mit dem Seelsorgereferat II.

Wir ermutigen in diesem Faltblatt die Kommunen, mehr günstigen Wohnraum für Familien zu schaffen. Wir wenden uns darin gegen die Privatisierung kommunaler Einrichtungen. Der Verkauf von Sozialwohnungen, Wasserwerken und Krankenhäusern ist durchaus fragwürdig. Er schränkt die Handlungsmöglichkeiten der Gemeinden, Städte und Landkreise immer mehr ein. Dies kann uns nicht gleichgültig sein. Die Kommunen müssen als Orte wahrgenommen werden, in denen für die Daseinsvorsorge der Bürger wichtige Entscheidungen getroffen werden.